

Platz abbeck

Nr. 3, 7. April 2011

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Abschalten!

Am 30. März schrieb die Financial Times Deutschland: „Atomstrom wird unwählbar“, denn die Atomkonzerne hatten mit der FDP ihren letzten Verbündeten verloren.

Gelingt die Schnellumschaltung auch kommunal? Ein kurzer Blick zurück. DIE LINKE hatte in der Ratssitzung am 14. Dezember 2010 den Antrag auf eine Ratsresolution eingebracht, in welcher sich die Stadt Köln gegen Atomtransporte durch ihr Stadtgebiet aussprechen sollte. In der Debatte vernahm man Ulrich Breite (FDP): „Dieser Antrag gehört zur Abteilung ‚Angst schüren‘. Für meine Fraktion kann ich sagen: Mit Angst macht man keine Politik. Auch das ist eine Art von Populismus, die uns Liberale und sicherlich auch die CDU anwidert.“ Gisela Manderla (CDU): „Die Meinung der CDU dazu kennen Sie. Wir betrachten die Atomenergie als Brückentechnologie. Ich denke, dass es auch in der Bevölkerung zu einem Umdenken kommen kann, nämlich dann, wenn die Atomkraftwerke wirklich abgeschaltet werden und der Strom knapp und sehr, sehr teuer wird.“

SPD und Grüne hatten eine Resolution, die sie selber im Landtag eingebracht hatten, kursiv gesetzt und dem Rat vorgelegt. Nicht nur DIE LINKE hätte ihnen mehr Fantasie zugetraut, auch weil der Ersetzungsantrag mit dem Thema der Atomtransporte überhaupt nichts zu tun hatte. Von den Bündnis-Grünen gab es zu ihrem urengeinsten Thema keine Wortmeldung und von der SPD nur eine relativ kurze. An diese aber knüpft der aktuelle Antrag der Fraktion DIE LINKE an. Cornelia Schmerbach (SPD): „Die Resolution der Fraktion DIE LINKE zu den Atomtransporten greift zu kurz. Der Rat der Stadt Köln muss deutlich machen, dass es keine Alternative zum Ausstieg aus der Atomtechnologie gibt. [...] Die Stadt Köln und das Land NRW müssen und werden sich gegen die Atomtechnologie und für mehr Investitionen in erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung einsetzen“.

DIE LINKE nimmt sie jetzt beim Wort! Damit Köln atomstromfrei wird, soll beschlossen werden, *weiter Seite 2*

Die Stadtbibliothek ist unterfinanziert!

Köln in zentralen Bildungsbereichen schlecht aufgestellt

Die Stadtbibliothek wird mit der Erhöhung der Jahresgebühren zehn Prozent ihrer voll zahlenden Kunden verlieren! – Das schätzt die Verwaltung in der Antwort auf eine Anfrage der LINKEN.

Verzichtete man dagegen auf diese Gebührenerhöhung und gleichzeitig, wie geplant, auf die Extragebühren für Hörbücher, Filme, Lernprogramme usw., dann würde die Stadtbibliothek 10 % Jahreskunden hinzugewinnen. Die Stadt würde das gerade einmal 270.000 Euro kosten.

Dennoch wurde die Gebührenneuordnung sowohl im Kulturausschuss wie im AVR einfach durchgewunken. Die Vertreter von SPD, Grünen, CDU und FDP sahen nicht einmal einen Anlass, die Entscheidung um eine Sitzung zu vertagen. Dies hatten die Vertreterinnen der LINKEN im Kulturausschuss beantragt, um die sehr de-

taillierte und umfangreiche Antwort zu würdigen, die die Verwaltung in kürzester Zeit erarbeitet und dem Ausschuss einen Tag vor der Sitzung zur Verfügung gestellt hatte. Es steht zu befürchten, dass die „großen Vier“ auch im Rat nicht anders handeln werden. Damit würde eine Politik fortgesetzt, die die Kölner Stadtbibliothek bereits jetzt so ausgeblutet hat, dass sie ihre Aufgaben nur mit Mühe erfüllen kann.

Bei den Medien (Bücher, Hörbücher usw.) sind 95 % der Großstadtbibliotheken besser ausgestattet, Köln liegt, bezogen auf seine Einwohnerzahl, 40 % unter dem Mittel. Ähnlich sieht es bei den Jahresöffnungszeiten bezogen auf die Einwohnerzahl aus. Bei den Neuerwerbungen, bei den Besuchen pro Einwohner ebenso wie bei den Computerplätzen findet sich die Kölner Stadtbibliothek unter den 25 % der Stadt-



Am 14.3. versammelten sich rund 1.500 Menschen auf dem Rudolfplatz, in der gleichen Woche am 19.3. waren es rund 2.500 auf dem Neumarkt und am 26.3. waren es rund 15.000 Atomkraftgegner, die durch die Innenstadt zur Abschlusskundgebung in Deutz zogen, wo sie sich mit anderen auf die für Köln unglaubliche Zahl von 40.000 addierten. Mit dabei auch die Kölner LINKE. Im Oktober hatte die Ratsfraktion einen Antrag gegen Atomtransporte durch Köln gestellt und für die Ratssitzung am 7.4. den Antrag, Köln zur ersten deutschen Ökostrom-Großstadt zu machen.

Fortsetzung Seite 1: Stadtbibliothek ist unterfinanziert!

bibliotheken, die am schlechtesten ausgestattet sind.

Beim Personal sieht es nicht anders aus. Die Kölner Stadtbibliothek muss ihre Leistungen mit halb so viel Personal erbringen, wie das Mittel der Großstadtbibliotheken. Auch hier liegt Köln wieder bei den schlechtesten 5%. Entsprechend hoch ist die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter.

Wie angespannt die Situation des Personals ist, machte der Personalrat zur Sitzung des Kulturausschusses in einem Flugblatt deutlich. Er wies darauf hin, dass in den Stadtbibliotheken seit Monaten nur noch mit der Mindestbesetzung gearbeitet wird und sogar Schwierigkeiten bestehen, diese aufrechtzuerhalten. So kommt es ständig dazu, „dass 3 Kolleginnen sich teilweise über 1000 Nutzern pro Tag gegenüber sehen, die sie fachkundig und freundlich beraten sollen“.

Die LINKE kritisierte die gegenwärtige extreme Überlastung der Beschäftigten der Stadtbibliothek und unterstützte die Forderung des Personalrates, jetzt auslaufende befristete Verträge von Fachkräften durch unbefristete Verträge zu ersetzen. Auch die übrigen Ausschussmitglieder sprachen sich in diesem Zusammenhang für ein Aussetzen der im Kürzungshaushalt 2010/11 beschlossenen Wiederbesetzungssperre aus.

Die Stadtbibliotheken sind als Bildungs- und Kultureinrichtungen von hoher Bedeutung für die Kölner Bevölkerung. Um diese Rolle ausfüllen zu können, muss die Stadtbibliothek endlich angemessen finanziert werden. Der Medienetat muss aufgestockt werden und ebenso der Personalbestand. Und schließlich benötigt Köln ein Gebührenmodell, mit dem die Bibliothek mehr Kunden gewinnt – und nicht eines, das Kunden verprellt.

Wilfried Kossen,
Sengül Senol

In der letzten Ausgabe berichteten wir über die Straßenprostitution an der Brühler Landstraße und in Meschenich. Die Autoren wendeten sich gegen rein repressive Maßnahmen, wie sie bis dahin diskutiert worden waren, und hoben hervor, dass Köln mit den Verrichtungsboxen in der Gestemünder Straße (Utrechter Modell) einen Lösungsweg gefunden hat, der den Frauen einen geschützten Raum bietet. Der Artikel kritisierte auch die von der Verwaltung vorgelegte Sperrbezirksverordnung für den Kölner Süden.

Inzwischen hat sich ein Arbeitskreis der im Ordnungsausschuss (AVR) vertretenen demokratischen Parteien zusammengefunden. Von LINKE bis CDU waren sich die Anwesenden größtenteils einig, dass die Verwaltungsvorlage verändert werden muss. Der sozialpolitische Ansatz fehle völlig und reine Repression würde die Probleme nur in andere Gegenden verlagern.

Fortsetzung Seite 1: Atomausstieg

dass sich der Rat der Stadt Köln

► für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie und damit für die unverzügliche Abschaltung aller Atomkraftwerke und Schließung aller Einrichtungen zur nuklearen Ver- und Entsorgung ausspricht,

► für eine Vergesellschaftung der privaten Energiekonzerne (Erzeuger, Versorger, Netze) ausspricht,

► für eine dezentrale, kommunale Energieversorgung ausspricht. – Wobei die RheinEnergie AG aufgefordert ist, ein klein-

räumiges regionales Energieerzeugungskonzept zu entwickeln.

Und schließlich,

► dass bei der RheinEnergie AG zur Schaffung von mehr Transparenz ein Beirat einzurichten ist, an dem Umwelt- und Verbraucherverbände beteiligt werden.

Außerdem soll Köln schnellstmöglich zur „Atomstromfreien Zone“ erklärt werden und die Stadt zur ersten Ökostrom-Großstadt Deutschlands werden.

HP Fischer

Equal Pay Day

Am 25.3.2011 begingen ca. 400 Kölnerinnen am Equal Pay Day nachträglich den Internationalen Frauentag. Am 8. März waren Karnevalsumzüge durch Köln gezogen, und so fiel der Frauentag den „Kamelle“ zum Opfer.

Frauen müssen bis in den Frühjahr des Folgejahres arbeiten, um endlich das Jahreseinkommen ihrer männlichen Kollegen zu erreichen, so war dieser sonnige Tag für das Motto „Frauen wollen mehr“ richtig gewählt. Immer noch bilden die Entgelte von Frauen das Schlusslicht im internationalen Vergleich, so verdienen Frauen durchschnittlich 23 % weniger als Männer. Obwohl gepriesen wird, es sei doch besser geworden, ist dieser Abstand in den letzten 4 Jahren konstant geblieben.

Am Bildungsstandard kann es nicht liegen, denn weibliche Schulabgänger sind vor allem in den höheren Schulabschlüssen überrepräsentiert. Frauen erhalten durchschnittlich 6,5 % weniger Einstiegsentgelt als Männer, die in ihrem Abschluss eine Note schlechter waren als ihre weiblichen Konkurrentinnen.



Faktor zur Gleichberechtigung dar. Seine Frau, die auch berufstätig ist, halte für ihn die nötigen Dinge im Hintergrund bereit. So war das aber nicht gemeint, Herr Roters! Frauen können und wollen mehr als Hemden waschen!

Gisela Stahlhofen

Straßenprostitution: Sperrbezirks-Antrag wird deutlich verändert

Einig war man sich auch darin, dass für den Stadtbezirk Meschenich schnell gehandelt werden müsse. Neben einem 24-Stunden Sperrbezirk sieht ein gemeinsamer Änderungsantrag ein verbessertes Betreuungsangebot für die drogenabhängigen Prostituierten vor. Der restliche Sperrbezirk im Kölner Süden soll nicht nur auf die Zeit von 6 Uhr bis 20 Uhr begrenzt werden, sondern ist erst einmal auf ein Jahr befristet. Weiter heißt es in dem Änderungsantrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, das Verdrängungseffekten durch die Sperrbezirksverordnung entgegen wirkt und bei der Prüfung alternativer Standorte hohe Anforderungen an die

Eignung stellt.“ Das heißt, es soll neben dem Eifeltor, wo viele Wohnwagen von Prostituierten stehen, ein weiterer Standort gesucht werden, der nicht unter die Sperrbezirksregelung fällt. Im Änderungsantrag wird auch ein neuer Akzent gesetzt, indem Freier eine Ordnungsstrafe erhalten, wenn sie versuchen im Sperrbezirk zu Prostituierten „Kontakt aufzunehmen, um sexuelle Handlungen gegen Entgelt zu vereinbaren.“

Da die LINKE mit ihrer Kritik am Anfang ganz alleine stand, ist dies ein kleiner Erfolg. Dank auch an den Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Köln, der engagiert und konstruktiv zur Diskussion beitrug.

Jörg Detjen

Endlich ein Mietvertrag für ein selbstverwaltetes Kulturzentrum in Kalk

Fast ein Jahr bemühten sich die Mitglieder des Autonomen Zentrums (AZ) in Kalk um einen Mietvertrag. In Gesprächen mit der Sparkasse setzte sich die Ratsfraktion DIE LINKE bereits im vergangenen Jahr für einen solchen Vertrag ein. Erfolglos. Es kam zu keinen weiteren Gesprächen, stattdessen wurde dem AZ Strom und Wasser abgestellt.

Nachdem am 2. März die Sparkasse vom Gericht einen Räumungstitel erwirkt hatte, spitzte sich der Konflikt zu. Die Polizei sah keinen Grund für eine Räumung, da das AZ sich friedlich verhalten habe, eine Räumung dagegen zu einer Eskalation führen könne und das politische Problem damit nicht gelöst würde. Der erste geplante Räumungstermin flog auf, die Räumung musste abgebrochen werden.

Der ehemalige Polizeipräsident und heutige OB Roters ebenso wie der frühere Polizeidirektor und heutige Fraktionsvorsitzende der CDU Granitzka lehnten eine politische Lösung ab.

Sie verschanzten sich hinter der Sparkasse. Die solle doch die Probleme lösen – als sei nicht die Sparkasse im Eigentum der Stadt, als sei nicht die öffentliche Sicherheit in Köln ein Thema für den OB, als sei nicht ein Autonomes Zentrum eine politische Frage und als hätte nicht gerade zuvor die EU-Kommission festgelegt, dass Stadtentwicklungspolitik Sache der Stadt und nicht der Sparkasse zu sein hat!

Es bildete sich also ein sonderbares Bündnis von Grünen, LINKEN und derzeit

tigem Polizeipräsident gegen SPD und CDU. So etwas hatte es bisher auch noch nicht gegeben.

Am Vorabend der Räumung wandte sich die Sparkasse an die Hausbesetzer und bot zunächst mündlich einen Mietvertrag an, falls sie die KHD-Kantine räumen würden.



den. Am Morgen des 31. März gab es dieses Angebot auch schriftlich. Jörg Frank, Grüne, und Jörg Detjen, DIE LINKE, vermittelten zwischen AZ und Sparkasse und fanden einen Weg, wie in den letzten Minuten alle einlenken konnten. Es ging hin und her, es knisterte regelrecht, als Wasserwerfer an-

rückten und vor der Barrikade standen. Man einigte sich: Die Räumung wird zurückgenommen, es findet eine gemeinsame Begehung der Kantine statt, dann wird das Haus versiegelt und danach ein Mietvertrag geschlossen. Die Besetzer dürfen sich in unmittelbarer Nähe der Kantine aufhalten.

Es klappte. Am Freitag wurde das AZ wieder bezogen und am Samstag der schriftliche Mietvertrag unterschrieben. Es gibt in Kalk keine Hausbesetzer mehr, sondern Mieter in einem selbstverwalteten Kulturzentrum, dem AZ.

Jörg Detjen

Wir dokumentieren eine Pressemitteilung des AZ vom 2.4.2011, veröffentlicht nach der Vertragsunterzeichnung zwischen Sparkasse und (ehemaligen) Besetzern

Verhandlungen erfolgreich

Die Verhandlungen zwischen der Stadtsparkasse Köln/Bonn und den Besetzer_innen des Autonomen Zentrums (AZ) waren erfolgreich. Der Vorvertrag über die Nutzung des Gebäudes in der Wiersbergstr. 44 wird heute um 12 Uhr unterzeichnet.

Dieser erfüllt weitestgehend die Forderungen der Besetzer_innen, die das Haus in Zukunft mietfrei nutzen können und lediglich für die Nebenkosten aufkommen müssen. Eine Einschränkung ist die Befristung zum 30.9.2011.

Wenn die Sparkasse das Haus bis dahin verkauft, müssen neue Verhandlungen mit der neuen Eigentümerin geführt werden, die wahrscheinlich die Stadt sein wird. „Wir sind optimistisch, dass wir dann eine politische Lösung finden werden“, sagt Kari, eine der ehemaligen Besetzerinnen.

Positiv stimmt die Leute, die für das AZ gekämpft haben, auch, dass sie am Freitag-

abend bereits wieder ins Haus durften, um die im TÜV-Gutachten bemängelten Sicherheitsrisiken zu beseitigen.

Im Camp vor dem Zentrum gab es viele fröhliche Gesichter und warmes Essen, die Anspannung der letzten Tage löste sich. Zuvor zog die Stadtsparkasse die Sicherheitskräfte um das AZ ab und informierte die Polizei.

In Zukunft wollen die ehemaligen Besetzer_innen nach dem Ausnahmezustand wieder Veranstaltungen vorbereiten, vor allem den einjährigen Geburtstag am 16.4.2011. Am heutigen Samstag findet ab 18 Uhr eine Demonstration statt, zu der der Antifa AK Köln aufruft.

Die ehemaligen Besetzer_innen danken allen Unterstützer_innen aus Köln und anderen Städten, ganz besonders auch den Nachbar_innen für ihre Solidarität in der vergangenen Woche.



Aktuelle Informationen aus dem AZ gibt es unter:
unersquat.blogspot.eu

Aus den Ausschüssen

■ Schulausschuss

Neue Initiative „Mehr Gesamtschulen in Köln“

Allmählich hat es sich als schlechte Kölner Tradition etabliert: Auf der einen Seite erhalten alle Kinder, die in Köln an Gymnasien angemeldet werden, einen Platz. Auf der anderen Seite werden von den Gesamtschulanmeldungen alljährlich 600 bis 800 wegen fehlender Plätze zurückgewiesen. So auch in diesem Jahr: Von den über 2000 Anmeldungen zu Gesamtschulen kamen



Gründung der Initiative „Mehr Gesamtschulen in Köln“ am 26.3.2011

erneut 600 nicht zum Zuge – und das, obwohl jetzt eine zusätzliche Gesamtschule und erstmals zwei Gemeinschaftsschulen zur Verfügung stehen!

Es ist also eindeutig und seitens der Verwaltung eigentlich auch unbestritten: Köln braucht deutlich mehr Gesamtschulen. Jedoch ist über die neu hinzu gekommene Gesamtschule in Nippes hinaus bis auf weiteres für Köln keine Neugründung vorgesehen. Dagegen ist aber die Stadt emsig auf der Suche nach Baugrund für neue Gymnasien.

Als Hindernis für Gesamtschuleinrichtungen wird seitens der Schulverwaltung vorgetragen, dass Gesamtschulen mit den vorgeschriebenen vier parallelen Zügen so groß seien und entsprechende Gebäude und Flächen nirgends zur Verfügung stünden. Eine so starre Sicht der Vorschriften gilt aber offenbar nur für Gesamtschulen. Für die neu an den Start gehenden Gemeinschaftsschulen war es problemlos möglich, von der Vier- auf die weniger umfängliche Dreizügigkeit zu reduzieren.

Für die vor allem seitens der SPD in Stadt und Land favorisierten Gemeinschaftsschulen kann eine Flexibilität entwickelt werden, die man den Gesamtschulen vorenthält. Immer noch gibt es also offenbar die alten bürokratischen Vorbehalte gegen Gesamtschulen und immer noch steht diese Schulform unter Ideologieverdacht. Dabei werden die pädagogischen Leistun-

gen und Erfolge der Gesamtschule schlichtweg ignoriert. An ihr legen nur 0,2 % weniger Schülerinnen und Schüler mit Erfolg die Abiturprüfungen ab als an Gymnasien. Aber 71 % dieser Abiturientinnen und Abiturienten hatten ursprünglich keine Gymnasialempfehlung!

Gegen diese ablehnende Haltung den Gesamtschulen gegenüber haben jetzt die Kölner LINKE und der attac-Arbeitskreis Bildung & Erziehung die Initiative „Mehr Gesamtschulen in Köln“ ins Leben gerufen. Ihr Ziel ist es, zusammen mit weiteren Organisationen und engagierten Unterstüt-

zer_innen zu erreichen, dass das Kölner Gesamtschulnetz möglichst zügig weiter ausgebaut wird.

Als erste konkrete Möglichkeit wird das Projekt „Bildungslandschaft Nördliche Altstadt“ ins Auge gefasst. Dort soll mit erheblichem Finanzaufwand – die Rede ist von mindestens 75 Mio. Euro! – ein Zentrum entstehen, in dem zwar vier Schulen auf engem Raum konzentriert sind, aber keine Schulformgrenze überwunden wird. Es soll also, verbrämt durch moderne Schularchitektur und einige punktuelle Kooperationsmöglichkeiten, auch da letztendlich beim alten gegliederten Schulsystem bleiben. Dieses Projekt noch einmal auf den Prüfstand zu bringen und schließlich in Richtung Gesamtschulgründung zu modifizieren, ist also die erste große Aufgabe, die sich die neue Initiative gestellt hat.

Oswald Pannes

■ Kunst und Kultur

Auf welcher Frequenz denkt eigentlich unsere Regierung?

Diese Frage stellt sich automatisch angesichts der großen Probleme, die sich aus der Funkfrequenz-Versteigerung ergeben. Im Zeitalter des Mobilfunks und des Internets drängten die Mobilfunkunternehmen

vor einigen Jahren auf weitere nutzbare Frequenzen zum Ausbau ihrer drahtlosen Imperien.

Die Regierung beschloss also den Frequenzbereich von 790 bis 862 Megahertz zur Versteigerung freizugeben. Nicht berücksichtigt hat sie dabei, dass genau dieser Bereich von Opern, Schauspielhäusern, Konzerten, Rockfestivals, Konferenzen - ja sogar in Kirchen - für die Betreibung der heute üblichen Funkmikrophone genutzt wird. Die Proteste des deutschen Bühnenvereins und einiger Kulturstätten hat man zu Gunsten des wirtschaftlichen Aufschwungs ignoriert.

Mittlerweile ist die Versteigerung abgeschlossen und spülte knapp 4,4 Milliarden Euro in die Staatskasse. Gar nicht bedacht wurde, dass nun für die Kulturschaffenden neue Frequenzbereiche geschaffen oder freigemacht werden müssen. Bis heute ist unsicher, welcher Megahertz-Bereich überhaupt in Frage kommt.

Gedacht war auch an eine längere Übergangszeit, die es den Kulturschaffenden ermöglichen sollte neue technische Anlagen anzuschaffen. Was ja mangels Geld gar nicht so einfach ist, da die Bundesregierung sich weigert, einen Teil des Erlöses für diese enormen jetzt anfallenden Neuananschaffungen beizusteuern.

Wahrscheinlich wird das Problem an die Länder weiter gegeben, die es dann nahtlos an die Kommunen durchreichen. Und hier geht es um enorme Summen. Für ein Dreipartienhaus (z. B. Schauspiel, Oper und Tanz) fällt neues technisches Equipment in einer Höhe von 350.000 Euro aufwärts an.

Dieser Preis wird wohl nicht zu halten sein, da durch die künstlich erzeugte Nachfrage selbst ein einzelnes Funkmikrofon sehr viel teurer werden wird. Ein gutes Geschäft, eigentlich für alle – außer den Kulturschaffenden. Die haben zurzeit den schwarzen Peter.

Besonders tragisch ist es jetzt schon für Tourneeproduktionen. Da die Mobilfunkbetreiber ungeduldig sind und Rücksichtnahme bis zu einer Lösung des Problems gar nicht einsehen, haben sie teilweise einfach schon mit der Nutzung ihrer neuen Frequenzen begonnen. In einzelnen Bundesländern kann es also heute schon vorkommen, dass ein Konzert wegen piepender, krächzender Mikrofone abgebrochen werden muss. Eine parallele Nutzung für beispielsweise Internetfernsehen und das Mikrofons eines Popstars auf der gleichen Frequenz geht nämlich nicht.

Ein Thema, das den Kölner Kultursektor im weitesten Sinne noch lange beschäftigen und wahrscheinlich enorme Finanzierungsprobleme mit sich bringen wird. Und das in einem Bereich, der sowieso schon unterfinanziert ist. Übrigens würden die großen Mobilfunkbetreiber ihre neu ersteigerte Einnahmequelle gerne spätestens ab 1.1.2012 nutzen.

Monika Ruiten

U-Bahn: Die ersten Rechnungen aus dem Waidmarkt-Einsturz trudeln ein

Es war ja zu erwarten, aber jetzt kommt es knüppeldick. Dass das Unglück am Waidmarkt weitere Mehrkosten zur Folge haben würde, war wohl jedem sofort nach dem Unglück klar und der Rat beschloss auch entsprechend am 2.2.2010 eine (Vor-)Finanzierung dieser Kosten in Höhe von 16 Mio. Euro.

Es handelt sich hierbei um Kosten, die zurzeit nicht durch Versicherungen und/oder durch Dritte übernommen werden. Diese Situation wird noch bis zur Klärung der Schuldfrage weiter bestehen bleiben und das kann dauern.

Zwischenzeitlich aber wurden und werden immer wieder weitere neue Kosten vom Bauherrn, der KVB, identifiziert, die gemäß dem Nord-Süd Stadtbahn-Vertrag dann von der Stadt Köln zu übernehmen sind. Am Tag der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses lag dann den Mitgliedern des Ausschusses eine Eilmaßnahme auf dem Tisch, die eine Erhöhung dieser Kostenvorfinanzierung um insgesamt 29,3 Mio. Euro vorsah. Es handelt sich hierbei um Projektnebenkosten wegen der Bauzeitverlängerung von ca. 19,9 Mio. Euro. Kosten also für z. B. Projektsteuerung und Bauüberwachung. Die geplante Inbetriebnahme wäre ja schon für Ende 2010 vorgesehen.

Auch werden weitere Baukosten von ca. 5,3 Mio. Euro wegen der Bauzeitverlängerung in Rechnung gestellt. Wobei auch hier anzumerken ist, dass es sich nicht um konkrete Kosten handelt, sondern um Abschätzungen aufgrund von Erfahrungswerten. Hier sollten alle Verantwortlichen ihre Augen offen halten und nachfragen, woher solche Erfahrungswerte stammen, denn ein weiteres Unglück wie am Waidmarkt ist uns in dieser Stadt nicht bekannt.

Weitere 4,1 Mio. Euro werden dargestellt als Kosten für die Erhöhung der Sicherheitsstandards im Bereich des Schadenfalls Waidmarkt. Überwiegend handelt es sich hierbei um zusätzliche Messprogramme zur Beweissicherung und um eine höhere Taktung anderer Sicherheitsmessungen. Auch bei diesen Nachträgen gab es bisher keine fachtechnische oder juristische Prüfung, sodass es sich hierbei allein um eine Angabe der Baufirmen handelt.

Eilbedürftig war die Maßnahme deswegen, da eine Auftragsvergabe der KVB erst dann erfolgen kann, wenn die Finanzierung der Maßnahmen gesichert ist. Alle diese Unklarheiten heißt es laufend im Auge zu behalten und alle zusätzlichen Kosten mit Zins und Zinseszins vom Verursacher, wenn er denn gefunden wird, einzufordern.

Franz-Albert Krämer

WestLB schrumpft – Das Bangen geht weiter

Ein Kompromiss scheint gefunden. Die Eigentümer der WestLB haben sich offenbar geeinigt, die WestLB zu einer Verbundbank der Sparkassen mit reinen Dienstleistungsfunktionen zusammenzuschrumpfen. Diese neue WestLB soll nur noch ein Bilanzvolumen von 40 – 50 Mrd. Euro haben. (Zum Vergleich: Das Bilanzvolumen der WestLB 2010 lag bei über 220 Mrd. Euro). Doch was heißt das konkret? Zunächst einmal müssen die Sparkassen bis zu 2 Mrd. Euro aufbringen, um die neue WestLB mit ausreichend Eigenkapital auszustatten. Davon entfällt wahrscheinlich die Hälfte auf die Sparkassen in NRW und damit auch ein großer Teil auf die Sparkasse KölnBonn.

Und das ist nur die eine Seite der berühmten Medaille, denn noch ist völlig unklar, wie die Altlasten der WestLB aufgebracht und geschultert werden sollen. Und noch immer gibt es keine konkreten Angebote für die Bereiche der Bank, die verkauft werden sollen, also vor allem die WestImmo, die Projektfinanzierung und das Investmentgeschäft. Und was ist mit den Altlasten? So geht die SoFFin von Risiken bis zu 24 Mrd. Euro aus, zudem haften Land und Sparkassen für weitere 50 Mrd. Euro aus Zeiten der Gewährträgerhaftung und aus dem Beihilfestreit mit der EU resultieren weitere 3,4 Mrd. Euro Risiken. Gewaltige Risiken, die das Volumen des Landeshaushaltes bei weitem übersteigen.

Für Köln heißt das: Auch die Sparkasse KölnBonn und damit indirekt auch die Stadt müssen weiter damit rechnen, dass sich Risiken realisieren und Geld auf den Tisch gelegt werden muss. Auszubaden hätten das erneut die Menschen in dieser Stadt.

Deswegen beharrt DIE.LINKE auf ihrer Forderung, dass sich der Bund an diesen Risiken beteiligt und Finanzhilfen von mindestens 12 Mrd. Euro zur Verfügung stellt. Ohne solche Hilfen laufen sowohl das Land NRW als auch die Kommunen Gefahr, dass öffentliche Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden können. Zudem muss alles dafür getan werden, dass die WestLB nicht in eine ungesteuerte Insolvenz getrieben wird. Davon wären nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank betroffen sondern eben auch erneut die Allgemeinheit, die dann vor noch größeren Herausforderungen steht, als jetzt schon absehbar. Wir fordern aber auch endlich eine umfassende und transparente Untersuchung der Ursachen für die Schiefelage der WestLB, um ein für alle Mal Konsequenzen zu ziehen. Das ist unabdingbare Voraussetzung für die Neuaufstellung des öffentlichen Bankensektors in NRW, für die die LINKE auch in Köln uneingeschränkt steht.

Torsten Löser

Ausländerrechtliche Beratungskommission ermöglichte in 64 Härtefällen Aufenthalt

Die Kölner Stadtverwaltung hat dem AVR am 28.3. in einem aktuellen Geschäftsbericht die erfolgreiche Arbeit der ausländerrechtlichen Beratungskommission dargestellt. Die Beratungskommission war am 15.12.2005 im einvernehmlichen Beschluss aller demokratischen Ratsfraktionen gegründet worden.

Die Kommission berät über Härtefälle bei Bleiberechtsfragen für Ausländer. Von 2006 bis 2010 hat sie 106 Fälle geprüft. In 64 Fällen kam die Kommission zu einem positiven Ergebnis, 8 Fälle wurden abgelehnt, die übrigen werden noch beraten oder haben sich erledigt.

Damit konnte vielen Menschen geholfen werden, die man sonst ausgewiesen hätte. Dass eine solche Kommission überhaupt notwendig ist, zeigt aber gleichzeitig die Härte der deutschen Gesetze gegenüber Ausländern. Eine humanere Ausländerpolitik ist nötig!

Wilfried Kossen

Bildungspaket

Ab dem 1. April wird das Gesetz zum Bildungspaket umgesetzt und keiner weiß, wie das alles so gehen soll. Grundsätzlich sollen alle Kinder, deren Erziehungsberechtigte von der Grundsicherung oder Sozialhilfe leben, davon profitieren.

Die Erziehungsberechtigten können und sollten ab dem 1. April einen Antrag zum Bildungspaket bei den Jobcentern oder beim städtischen Sozialamt einreichen. Immerhin leben 43.000 Kinder in unserer Stadt, die auf dieses Bildungspaket Anspruch haben.

Schulmittagessen sind Bestandteil des Bildungspaketes. In Köln erhalten die Kinder von KölnPass Besitzern aber schon jetzt solche Ermäßigungen. Etwa 56.000 Kinder und Jugendliche sind KölnPass-berechtigt. Jetzt muss die Satzung des Köln-Passes mit dem Bildungspaket kombiniert werden. Die Fraktion DIE LINKE wird sehr genau darauf achten, dass dabei der bisherige Standard nicht abgesenkt wird.

Ein weiteres Element des Bildungspaketes ist die Lernförderung. Hierfür müssen noch Kriterien entwickelt werden. Die LehrerInnen brauchen einen Leitfaden, um Förderung gerecht und individuell den Kindern, die sie benötigen, auch zukommen zu lassen.

Ob die Finanzierung durch die Bundesregierung reichen wird, ist eher kritisch zu sehen. Nach erster grober Schätzung beläuft sich der Leistungsumfang für Köln auf 15,7 Millionen Euro.

Gisela Stahlhofen

Aus den Bezirksvertretungen

■ BV Kalk

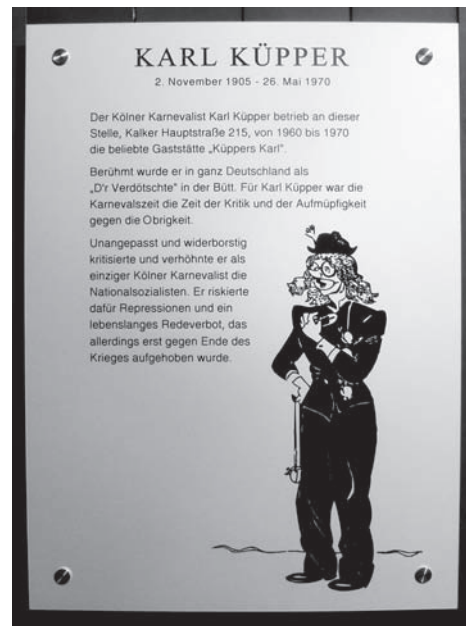
Plakette für Karl Küpper

Fast 41 Jahre nach seinem Tod erfährt der bekannte Karnevalist Karl Küpper endlich einen Teil der Ehrung, die ihm zeitlebens verwehrt blieb. Seit dem 2. April hängt in Köln-Kalk am Haus Kalker-Hauptstraße 215 eine Plakette zur Erinnerung an Küppers. Der Kalker Historiker Fritz Bilz wies in seiner Rede mehrfach darauf hin, dass diese Anerkennung „spät, sogar sehr spät“ käme, aber zumindest rechtzeitig dafür, dass Küppers 98-jährige Witwe sie noch erleben kann. Am 15. Mai wird es mit der Ehrung weiter gehen, wenn in der Innenstadt ein Platz nach Karl Küpper benannt werden wird.

Karl Küpper verbrachte die meiste Zeit seines Lebens in Kalk. Dass er in Düsseldorf geboren wurde, „verdankt“ er dem Umstand, dass sein Vater als Erwerbsloser in Köln keine Arbeit fand und sich kurzzeitig rheinabwärts niederließ. Später zogen

die Eltern mit Karl wieder nach Kalk. Dort wohnte er in der Remscheider Straße, der Hollwegstraße und schließlich auch auf der Hauptstraße 215. Als im Untergeschoss des Hauses eine Kneipe mit Kegelbahn eingerichtet wurde, wurde Küpper der Pächter und nannte sie „Küppers Karl“. Heute befindet sich dort die Lukas-Apotheke, von welcher die Anbringung der Gedenkplakette genauso unterstützt wird wie vom Hausbesitzer Herr Welsch. Dessen Vater übrigens ein „Lehrer Welsch“ in Rösrath war, während der „echte Lehrer Welsch“ seine Schule in der Hollwegstraße hatte.

Bei der Einweihung der Plakette waren grüne und linke Bezirksvertreter aus Kalk und Innenstadt vor Ort, genau wie die beiden Bezirksbürgermeister Hupke (Innenstadt/Grüne) und Thiele (Kalk/SPD). Außerdem waren natürlich Vertreter der Geschichtswerkstatt Kalk und des Bürgervereins Kalk dabei, die mit ihrer Spende und den Zuschüssen aus der Kalker BV die



se Plakette überhaupt erst möglich machten. Vor Ort freuten sich mit ihnen auch Sohn und Enkel Küpper, die nun noch stolzer auf Vater und Opa sind. *HP Fischer*

Religionsunterricht und Religionsmündigkeit

Die gesetzliche Religionsmündigkeit steht mit der vorhergehenden religiösen Beeinflussung durch den klassischen Religionsunterricht der Großkirchen sowie in Zukunft auch dem Islam im Widerspruch. Deshalb müssen die Schulkinder bereits vor dem 14. Lebensjahr einen „aufklärenden Unterricht“ wie das brandenburgische Schulfach LER (Lebensgestaltung – Ethik – Religionskunde) haben. Das Projekt „praktische Philosophie“ in NRW, das versuchsweise bei der vorletzten Landesregierung erprobt wurde, wird dem nur ansatzweise gerecht. Religion muss Privatsache sein und darf nicht mit staatlicher Förderung in frühester Kindheit die freie Meinungsbildung der Kinder einseitig beeinflussen. Das weltanschauliche Neutralitätsgebot des Staates wird dadurch wie in vielen anderen Bereichen (z. B. durch staatlich bezahlte Militärgestaltliche) verletzt.

In der manisch-animistischen Phase der Kinder setzt bereits der staatlich finanzierte Religionsunterricht ein und verhindert damit eine sachlich-neutrale und selbstbestimmte Meinungsbildung zu Fragen von Religion und Weltanschauung. In dieser Entwicklungsphase hören die Kinder gerne Märchen und Sagen und sind für solche Beeinflussungen besonders empfänglich. Es ist deshalb nicht egal, ob der Staat ein solches Angebot für alle Religionen einrichtet und finanziert.

Die einzige sinnvolle aufklärerisch-wissenschaftliche Alternative ist der LER-Unterricht nach dem Vorbild von Brandenburg.

Dirk Kluwig, Hans-Peter Keul



Eine Jugend-Initiative (mit Unterstützung der Dersim Gemeinde e.V.) hatte zum 3. April zu einer Kundgebung auf dem Roncalliplatz gegen das Munzur-Staudammprojekt in Dersim (Türkei) aufgerufen. 20 geplante Staudämme am Munzur-Fluss drohen das Naturschutzgebiet und den Naturpark im Munzuratal völlig zu zerstören. Auch werden viele Dörfer dem Staudammprojekt zum Opfer fallen. Für DIE LINKE nahm Ratsmitglied Sengül Senol an der Kundgebung teil und sprach sich vor sechshundert Leuten gegen dieses Projekt aus. Sie forderte den türkischen Staat auf, in eine ökologisch verträgliche Energieversorgung für die Region Dersim zu investieren.

Kriegswaffen in der Südstadt?

In der Südstadt regt sich Widerstand gegen den Laden „Outdoor, Defense and More“, der in seinem Schaufenster aggressiv für den Kauf so genannter Softair-Waffen wirbt. Diese Waffen, die der Geschäftsführer des Ladens als „militärisches Spielzeug“ beschreibt, sind täuschend echte Imitationen von Feuerwaffen bis zum Sturmge-

wehr. Doch die Anscheinswaffen sind laut Waffenrecht an Jugendliche ab dem vierzehnten Lebensjahr frei verkäuflich, ein Umstand, den der Laden in seiner Auslage bewirbt. Die Werbung des Ladens ist also direkt darauf ausgelegt, die Jugendlichen auf ihrem Weg zur Schule anzusprechen.

Natürlich wehren sich die Eltern der Südstadt gegen diesen Versuch, ihre Kinder an den Umgang mit Waffen heranzuführen, inzwischen ist daraus eine breite

Verlegung der Fachhochschule?

Die unrühmliche Rolle von Adenauers Firmen und des Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW

Die Stadtspitze in Köln würde den Umzug der Fachhochschule von Deutz in die Südstadt gerne vorantreiben. Zuletzt sprach sich die neue Wirtschaftsdezernentin, Frau Berg, für den Umzug in die Südstadt aus. Ihrer Auffassung nach käme es zu deutlichen Synergien, wenn der Fachhochschulstandort in der Südstadt konzentriert wäre. Diese Synergien erscheinen fragwürdig, denn die Fachbereiche in der Südstadt (Sozialarbeit und Sprachen) und die ingenieurwissenschaftlichen Fachbereiche in Deutz dürften wenige Überschneidungen haben.



Foto: Eduard Mann

Eine Verlegung der FH von der rechten Rheinseite nach Bayenthal macht aus stadtentwicklungspolitischer Sicht keinen Sinn. Es ist eine Binsenweisheit, dass die rechtsrheinische gegenüber der linksrheinischen Seite Kölns in vielfacher Hinsicht benachteiligt ist. Die rechtsrheinischen Stadtteile sind von der Deindustrialisierung der letzten Jahrzehnte hart getroffen. Armut und Arbeitslosigkeit sind auf der Schäl Sick weit mehr verbreitet als linksrheinisch. Investitionen im kulturellen Bereich wurden bis dato

.....
und überparteiliche Bürgerinitiative entstanden, die mit regelmäßigen Veranstaltungen vor dem Laden auf ihr Anliegen aufmerksam macht.

Ein erstes Ziel ist es, die aggressive Werbung in den Schaufenstern, ähnlich wie bei Sex-Shops, zu entschärfen. Doch damit, ja nicht einmal mit der Schließung des Ladens, ist das Problem der Anscheinswaffen nicht gelöst. Denn diese sind für jeden, der sie trägt und jeden, der potentiell mit ihnen bedroht wird, eine Gefahr. So können Polizisten die Waffen nicht von echten unterscheiden und damit zu fatalen Fehleinschätzungen provoziert werden. Daher muss versucht werden, den Verkauf dieser Waffen zu verbieten. *Barbara Koberg*

immer im Linksrheinischen getätigt. Nicht ein Museum hat seinen Platz auf der rechten Rheinseite. Von den exorbitanten 253 Millionen Euro, die in die Sanierung von Oper und Schauspiel fließen, erhält die rechte Rheinseite nichts.

Die Stadtentwicklungspolitik, nach der die rechte Rheinseite das moderne Köln verkörpern soll, würde mit einem Umzug der Fachhochschule ins Linksrheinische ad absurdum geführt. Es gibt wohl kaum einen anderen universitären Bereich, der die Modernität so verkörpert, wie die Ingenieurwissenschaften.

Auch historisch ist eine technische Hochschule im Rechtsrheinischen am richtigen Platz. Hier wurde der Verbrennungsmotor erfunden und die Wuppertaler Schwebebahn entwickelt. Eine große und wichtige Hochschule kann der Entwicklung der Schäl Sick sehr gut helfen. Es besteht die Chance, dass sich Hightech Firmen in der Nähe ansiedeln und gut ausgebildete, junge Leute auf die rechte Rheinseite locken. Dadurch besteht die Möglichkeit, dass Lücken, die durch den Rückbau der Industrie in den letzten Jahrzehnten entstanden sind, gefüllt werden.

Waren Oberbürgermeister Roters und die Kölner SPD bis vor kurzem noch auf einen Umzug der Hochschule nach Bayenthal fixiert, so scheint nun Bewegung in die Diskussion gekommen zu sein. Auf dem letzten SPD Parteitag in Köln-Chorweiler am 19. und 20. März haben sich die rechtsrheinischen SPD Ortsverbände für den Verbleib der FH ausgesprochen und haben zumindest erreicht, dass es hierzu mit der SPD Ratsfraktion noch einmal Gespräche geben wird. Das SPD Mitglied Roters hat auf diesem Parteitag mitgeteilt, dass er mit einem Verbleib der FH auf der rechten Rheinseite gut leben könne. Es bleibt abzuwarten, ob der OB Roters diese Aussage für die Stadtspitze auch tätigen wird.

Derzeit gibt es keine objektiven Gründe die Fachhochschule zu verlegen. Eine Sanierung und Ausweitung der FH am jetzigen Standort wäre durchaus machbar. Im Juni 2011 wird es ein neues Gutachten des Landes Nordrhein-Westfalen zu der Frage Verbleib oder Umzug der Fachhochschule geben. Mit einer Entscheidung ist im Spätsommer 2011 zu rechnen, ließ das Wirtschaftsministerium des Landes unlängst be-

kanntgeben. Das Gutachten kann jedoch nur die technische Seite des Problems beleuchten, doch wichtiger als die technischen Fragen ist die politische Wertung eines möglichen Umzugs. Für die LINKE ist klar, dass ein Umzug auf die linke Rheinseite eine weitere Benachteiligung des rechtsrheinischen Kölns wäre. Der Umzug würde einen herben Rückschlag für die rechtsrheinische Stadtentwicklung bedeuten.

Wer profitiert von einem Umzug?

88 Millionen Euro hat das Land für den Kauf des Geländes zwischen Gustav Heinemann Ufer und Schönhauser Straße, ganz in der Nähe der Südbrücke, gezahlt. Da das Land das Geschäft mit Krediten finanziert, fallen jährlich vier Millionen Euro Zinsen an. Zinsen, die der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen aufbringen muss. Profitiert hat von diesem Geschäft der Adenauer-Enkel und IHK Präsidenten Paul Bauwens Adenauer.

Das für die FH in Frage kommende Gelände ist 87.000 qm groß. Das heißt, dass die Adenauer-Firma pro qm circa 1.000 Euro vom landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB NRW) erhalten hat. Tatsächlich ist das Gelände aber nur 800 Euro pro qm wert.

Es gibt Hinweise, dass Adenauer vom BLB NRW bereits die Zusage für dieses Geschäft hatte, bevor die Firmen Adenauers das Gelände überhaupt gekauft hatten. Die Staatsanwaltschaft Wuppertal ermittelt bereits. In Kürze soll auf Landesebene ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss die Geschäftspraktiken des BLB NRW durchleuchten. Hier kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Auffälligkeiten, nicht nur in Bezug auf das Gelände in der Südstadt. Auch beim Ankauf des Baugrundstücks für das Landesarchiv in Duisburg und bei dessen Bau scheint es erhebliche Unregelmäßigkeiten zu geben.

Und auch in Köln wirkt das Geschäftsgebaren des BLB in Bezug auf das Polizeipräsidium in Kalk mehr als zweifelhaft. Der Landesrechnungshof zieht in seinem Bericht zum Polizeipräsidium in Köln Kalk vom 22.2.2011 eine düstere Bilanz:

„Im vorliegenden Fall haben nicht nachvollziehbare Entscheidungen des BLB NRW [...] dazu geführt, dass ein faires Auswahlverfahren bzw. ein manipulations- und korruptionsfreier Wettbewerb nicht gewährleistet war.“ (Seite 29 des Berichts des LHR, 11 G.K.- 172 E -99)

Später heißt es auf der gleichen Seite des Berichtes: „Der BLB NRW und damit letztlich das Land NRW trägt im Vergleich mit der wirtschaftlichsten Variante langfristige finanzielle Mehrbelastungen von 55 Mio. Euro.“ *Michael Weisenstein*

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
email: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Köln stellt sich QUER! Köln ist bunt – nicht braun!

Wir treten ein für ein friedliches, tolerantes Miteinander und wehren uns gegen jede Form kultureller und religiöser Ausgrenzung.

Am 7. Mai, dem Vorabend des Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus, plant die rechtsextreme Gruppe „pro Köln“ einen sogenannten „Marsch für die Freiheit“. Wir dulden keinen Marsch der Rechten in die Innenstadt.

Was die selbst ernannte „pro-Bewegung“ unter Freiheit versteht, ist nichts Anderes als Diskriminierung und rassistische Hetze. So werden Menschen muslimischen Glaubens unter Generalverdacht des Islamismus gestellt und Migrantinnen und Migranten für gesellschaftliche Missstände verantwortlich gemacht. Damit soll die Angst vor einer angeblichen Überfremdung geschürt werden.

Auch dieses Mal stellt Köln sich quer!

In der Kirche St. Heribert, Deutzer Freiheit, findet am 7. Mai, um 10.30 Uhr ein ökumenischer Gottesdienst statt, zu dem der Rat der Religionen und alle Kölnerinnen und Kölner eingeladen sind, um ein Zeichen für die Freiheit zu setzen.

Junge und ältere Menschen aus Betrieben, Schulen und Hochschulen, Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen und Verbänden und den demokratischen Parteien stellen sich am 7. Mai der Hetze in den Weg und verteidigen die Grundrechte unserer Gesellschaft.

Kölnerinnen und Kölner, zeigen auch Sie mit uns Flagge:

**Gegen Diskriminierung und Rassismus!
Für Demokratie, Menschenwürde und Religionsfreiheit!**



Wachstum, Wachstum über alles...?

So hieß eine gemeinsame Veranstaltung des OV-SchälSick, der Projektgruppe „Parteiprogramm“ und des AK Umwelt. Nach einer Einführung durch Klaus Roth ließ Moderator HP Fischer den geladenen Referenten Dr. Joachim Spangenberg (Biologe, Ökologe, Volkswirt) ausführlich zu Wort kommen. Humorvoll und unterhaltsam wurden die Teilnehmer_innen darüber informiert, was sich überhaupt hinter dem Begriff „Wachstum“ versteckt und welche Risiken mit ihm verbunden sind. Es wurde in der folgenden Debatte rasch klar, dass der derzeit diskutierte Entwurf eines Parteiprogramms die ökologische Frage zwar als zentrales Thema hervorhebt, aber diesem Anspruch noch nicht gerecht wird. Hier gibt es Verbesserungsbedarf. Auch wird auf wirtschaftliches Wachstum häufig zu unkritisch Bezug genommen, ohne die ökologischen Folgen mitzubedenken. In der weiteren Programmdebatte gibt es noch viel zu tun. Veranstaltungen, Diskussionen und Änderungsanträge zum Programmwurf werden auf jeden Fall folgen. *HP Fischer*

Termine ... Termine ... Termine ...

Do, 14.04. 20:00 Uhr

AK Wirtschaft und Finanzen
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do; 28.04.; 18:00 Uhr

AK Hartz IV/Soziales
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 28.04., 18:00 Uhr

AK Kunst/Kultur
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Mo, 02.05., 19:00 Uhr

Gesundheit/Behindertenpolitik
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Mo, 09.05., 17:00 Uhr

AK Umwelt
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Di, 17.05., 16:30 Uhr

AK Stadtentwicklung
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 17.05., 20:00 Uhr

AK Wirtschaft und Finanzen
Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg

Mi, 18.05., 18:00-21:00 Uhr

Kreativwirtschaft in Köln: Vom lästigen Störer zum umworbenen Wirtschaftsfaktor? Eine Diskussion über die Rolle der Kreativen in der Stadtentwicklung
Mit: *Dr. Thomas Flierl* (Stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus)
Dr. Konrad Schmidt-Werthern (Leiter des Kulturamtes der Stadt Köln)
Ort: Design Quartier Ehrenfeld
Heliosstr. 35-37, Ehrenfeld

Arbeitnehmer-Empfang der Stadt Köln 2011 am 30. April

Auch in diesem Jahr findet wieder der traditionelle Empfang der Stadt Köln für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer statt. Oberbürgermeister Roters lädt in diesem Jahr in das Straßenbahnmuseum Thienenbruch ein.
30. April 2011, 13 Uhr bis ca. 15 Uhr

1. Mai-Demonstration in Köln

11:30 Uhr: Aufstellung am Hans-Böckler-Platz, 12:00 Uhr: Demonstration zum Heumarkt, 13:00 Uhr: Kundgebung mit Andreas Kossiski, Vors. der DGB-Region Köln-Bonn, Christa Nottebaum, ver.di Köln, Witich Rossmann, IG Metall Köln und der Gewerkschaftsjugend
Kultur: Wilfried Schmickler, Heinrich Pachel, Familienfest auf dem Heumarkt